

SATZUNGEN

zum Bebauungsplan sowie über die
Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan

„ORTSZENTRUM ZIELMATTEN“

in der Gemeinde GRENZACH-WYHLEN, Ortsteil GRENZACH

Änderung des Bebauungsplans "ZIELMATTEN", in Kraft getreten am 31.07.1987

Der Gemeinderat der Gemeinde Grenzach-Wyhlen hat den Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften „ORTSZENTRUM ZIELMATTEN“ unter Zugrundelegung der nachstehenden Rechtsvorschriften am 29.06.2006 als Satzungen beschlossen:

1. Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I, S. 2141, ber. 1998 I S. 137), zuletzt geändert am 23.07.2002 (BGBl. I, S. 2850) – BauGB, Übergangsregelung des § 244 (1) BauGB i.d.F vom 20.07.2004,
2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert am 22.04.1993 (BGBl. I, S. 466) – BauNVO,
3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I, S. 58) – PlanzVO 90,
4. §§ 74 und 79 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 08.08.1995 (BGBl. S. 617), zuletzt geändert am 14.12.2004 (BGBl. S. 884 und 895) – LBO,
5. § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert am 28.07.2005 (GBl. S. 578) – GemO BW.

§ 1

RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes und der Örtlichen Bauvorschriften ergibt sich aus der Festsetzung im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes (Bl. 2).

§ 2

BESTANDTEILE DER SATZUNGEN

1. Die **Satzung über den Bebauungsplan** besteht aus:

1.1 Zeichnerischer Teil (Blatt 2)

vom 26.07.2005
i.d.F vom 29.06.2006

1.2 Textliche Festsetzungen

vom 26.07.2005
i.d.F vom 29.06.2006

2. Die **Satzung über die Örtlichen Bauvorschriften** besteht aus:

- | | |
|---|--|
| 2.1 gemeinsamer Zeichnerischer Teil (Blatt 2) | vom 26.07.2005
i.d.F vom 29.06.2006 |
| 2.2 Örtliche Bauvorschriften | vom 26.07.2005
i.d.F vom 25.04.2006 |

Beigefügt sind:

- | | |
|--|--|
| 3. Übersichtsplan (Blatt 1) | vom 26.07.2005 |
| 4. Gestaltungsplan (Blatt 3) | vom 26.07.2005
i.d.F vom 25.04.2006 |
| 5. Begründung zu Bebauungsplan und Örtlichen Bauvorschriften | vom 26.07.2005
i.d.F vom 25.04.2006 |
| 6. Grünordnungsplan (Büro Siebert, Kanderne) | vom 17.03.2006 |

§ 3

AUSSERKRAFTSETZUNG

Mit Rechtskraft des Bebauungsplans und der Örtlichen Bauvorschriften „ORTSZENTRUM ZIELMATTEN“ wird der Bebauungsplan „ZIELMATTEN“, in Kraft getreten am 31.07.1987, außer Kraft gesetzt.

§ 4

ORDNUNGSWIDRIGKEITEN

Ordnungswidrig im Sinne von § 75 LBO handelt, wer den aufgrund von § 74 LBO getroffenen örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan zuwiderhandelt.

§ 5

INKRAFTTRETEN

Diese Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 BauGB in Kraft.

Grenzach-Wyhlen, den 29.06.2006

Der Bürgermeister

Siegel der Gemeinde

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

zum Bebauungsplan

„ORTSZENTRUM ZIELMATTEN“

in der Gemeinde GRENZACH-WYHLEN, ORTSTEIL GRENZACH

(Änderung des Bebauungsplans „ZIELMATTEN“, in Kraft getreten am 31.07.1987)

für den im Zeichnerischen Teil (Bl. 2) durch Abgrenzung dargestellten räumlichen Geltungsbereich.

A. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung zum Zeichnerischen Teil (Bl. 2) wird folgendes festgesetzt:

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN gem. § 9 (1) BauGB

1. ART DER NUTZUNG

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird festgesetzt als:

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 4 BauNVO

Gemäß § 1 (6) BauNVO sind Gartenbaubetriebe und Tankstellen unzulässig.

1.2 Mischgebiet (MI) gem. § 6 BauNVO

1.2.1 Gemäß § 1 (5) und (6) BauNVO i.V.m. § 1 (9) sind Tankstellen, Gartenbaubetriebe und Vergnügungsstätten aller Art unzulässig.

1.2.2 Mischgebiete sind gem. § 1 (7) BauNVO bereichsweise horizontal gegliedert:

Für das Mischgebiet 1 (MI 1) gilt:

1. Im Erdgeschoß sind alle Nutzungen eines Mischgebietes nach 1.2 zulässig.
2. Im 1. Obergeschoß sind außer Einzelhandelsnutzungen alle Nutzungen eines Mischgebietes nach 1.2 zulässig.
3. In den darüberliegenden Geschossen sind nur Wohnungen zulässig.

Das Mischgebiet 2 (MI 2) ist nicht horizontal gegliedert.

1.3 Gewerbegebiet (GE) gem. § 8 BauNVO

1.3.1 Gemäß § 1(5) und (6) BauNVO sind Tankstellen und Vergnügungsstätten aller Art unzulässig.

1.3.2 Gemäß § 1(9) BauNVO sind Einzelhandelsbetriebe unzulässig.

1.4 Flächen für den Gemeinbedarf gem. § 9 (1) Nr. 5 BauGB

1.5 Verkehrsflächen, Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung sowie Verkehrsgrünflächen
gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

1.6 Flächen für den überörtlichen Verkehr, Bahnanlagen
gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

1.7 Öffentliche Grünflächen
gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB

1.8 Private Grünflächen
gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB

Das Maß der Baulichen Nutzung ist durch die Festsetzung der Anzahl der Geschosse als Höchstgrenze festgesetzt und im Zusammenwirken mit der überbaubaren Grundstücksfläche bestimmt.

3. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
gem. § 23 BauNVO

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt.

4. STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN
gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

Die Stellung der baulichen Anlagen (Gebäuderichtung) ist bereichsweise durch Planzeichen im Zeichnerischen Teil (Bl. 2) zwingend oder wahlweise festgesetzt. Eine Abweichung von bis zu 10 Grad ist zulässig.

5. HÖHE DER BAULICHEN ANLAGEN
gem. § 9 (2) BauGB

Die Höhe der Oberkante Fertiger Fußboden Erdgeschoß (OK.FFB.EG) darf maximal 0,5 m, für Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen max. 0,15 m über der Höhe der unmittelbar anschließenden öffentlichen Verkehrsfläche liegen.

6. NEBENANLAGEN
gem. § 14 BauNVO

6.1 Nebenanlagen i.S.v. § 14 (1) BauNVO sind unzulässig.

6.2 Versorgungsanlagen i.S.v. § 14 (2) BauNVO sind als Ausnahme zulässig.

7. TIEFGARAGEN, GARAGEN UND CARPORTS gem. § 9 (1) Nr. 4 BauGB

- 7.1 Tiefgaragen (TGa) sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie innerhalb der für sie festgesetzten Flächen zulässig.
- 7.2 Garagen (Ga) und Carports (Ca) sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie außerhalb hinter der Verlängerung der straßenseitigen Baugrenze zulässig.

8. FLÄCHEN FÜR GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTE gem. § 9 (1) Nr. 21 BauGB

Im Zeichnerischen Teil (Bl. 2) sind im Bereich der privaten Grundstücke Flächen für Geh- und Fahrrechte zugunsten der Allgemeinheit und der Anlieger sowie Leitungsrechte zugunsten der jeweiligen Versorgungsträger festgesetzt.

9. VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB

- 9.1 Wände von Tiefgaragenzufahrten sind schallabsorbierend auszubilden.
- 9.2 Anlieferungsbereiche von Einzelhandelseinrichtungen sind so auszubilden, dass für die umliegenden Gebäude die Schallimmissionsgrenzwerte nach TA Lärm entsprechend der festgesetzten Art der Nutzung eingehalten werden.
Empfohlen wird eine komplette Einhausung mit vollflächig schließendem Tor.
- 9.3 An den Umfassungsbauteilen der im Plan bezeichneten Gebäude sind passive Schallschutzmaßnahmen gemäß DIN 4109 entsprechend dem im Plan dargestellten Lärmpegelbereich baulich vorzusehen. Die Maßnahmen sind im Bauantrag nachzuweisen. Für bestehende Gebäude werden entsprechende Maßnahmen empfohlen.

II. FESTSETZUNGEN ZUR GRÜNORDNUNG UND FREIFLÄCHENGESTALTUNG gem. § 9 (1) BauGB

1. Auf öffentlichen Flächen / entlang öffentlicher Flächen

1.1 Erhaltung von Bäumen, Flächen für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern gem. § 9 (1) Nr. 25 b BauGB

Im Bebauungsplan (Bl. 2) ist die Erhaltung von Bäumen und Gehölzen festgesetzt. Der Abgang dieser Gehölze ist gleichwertig zu ersetzen. (Gehölzarten, siehe Liste zu den Pflanzgeboten) Die Gehölze sind artgerecht zu pflanzen und zu pflegen.

Die zu erhaltenden Bäume sind während der Bauarbeiten gegen Verletzung im Stammbereich und gegen Verdichtung im Wurzelbereich zu schützen. (DIN 18920). Innerhalb des Kronenbereichs der zu erhaltenden Bäume sollen keine Geländeänderungen vorgenommen werden.

1.2 Anpflanzen von Bäumen, Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gem. § 9 (1) Nr. 25 a BauGB

Im Plan ist auf den öffentlichen Grünflächen, im Bereich Spielplatz, entlang der Bahnlinie und auf dem Platz ein Pflanzgebot zum Anpflanzen und dauerhaftem Unterhalten von Bäumen festgesetzt. Die Gehölzauswahl hat aus der dem GOP beigefügten Liste zu erfolgen. Bindend sind in diesem Fall Gattung und Art, es sind auch verschiedene Sorten der angegebenen Arten möglich.

Die genauen Standorte der Gehölze sind im Zuge der zu erstellenden Freiflächengestaltungsplanung festzulegen. Die Begrünungsmassnahmen sind spätestens 1 Vegetationsperiode nach Errichtung von Spielgeräten und Möblierung durchzuführen.

Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen. Zu den Mindestpflanzabständen ist die Bahnrichtlinie 882 zu beachten.

1.3 Anpflanzen von Bäumen / Pflanzrecht auf privaten Flächen entlang öffentlicher Verkehrsflächen gem. § 9 (1) Nr. 25 a BauGB

Entlang öffentlicher Verkehrsflächen ist bereichsweise auf privaten Flächen das Anpflanzen von Bäumen festgesetzt. Diese Festsetzung gilt gleichzeitig als Standort für ein Pflanzrecht. Im übrigen gelten die Regelungen II.1.2.

2. Auf privaten Flächen

2.1 Pflanzgebot auf Privatgelände ohne Unterbauung gemäß § 9 (1) Nr. 25 BauGB

In den privat genutzten Freiflächen mit Bodenanschluß ist je 200 m² unbebauter Fläche ein standortgerechter mittelgroßer bis großer Laubbaum zu pflanzen und zu unterhalten, soweit nicht Flächen betroffen sind, auf denen vorhandene Bäume durch Erhaltungsgebot geschützt sind. Der Standort ist variabel.

Die Gehölzauswahl hat aus der dem GOP beigefügten Liste zu erfolgen. Bindend sind in diesem Fall Gattung und Art, es sind auch verschiedene Sorten der angegebenen Arten möglich. Die Begrünungsmassnahmen sind spätestens eine Vegetationsperiode nach Errichtung der Gebäude durchzuführen.

2.2 Pflanzgebot auf Tiefgaragen gemäß § 9 (1) Nr. 25 BauGB

Intensive Dachbegrünung: Die Bereiche der Tiefgaragen, die nicht überbaut sind, sind mit mind. 0,30 m Erdsubstrat als Vegetationsschicht und zusätzlicher Dränageschicht zu bedecken und intensiv zu begrünen und zu unterhalten, soweit sie nicht als Terrassen oder notwendige Wege genutzt werden.

Die zu verwendenden Gehölze sollen aus der dem GOP beigefügten Liste entnommen werden. Es sind der Belastungsfähigkeit entsprechend kleinkronige Bäume und überwiegend Sträucher zu verwenden. Bindend sind in diesem Fall Gattung und Art, es sind auch verschiedene Sorten der angegebenen Arten möglich. Die Begrünungsmassnahmen sind spätestens 1 Vegetationsperiode nach Errichtung der Gebäude durchzuführen.

2.3 Begrünung unbebauter Flächen der bebauten Grundstücke

gemäß § 9 (1) Nr. 25 BauGB

- 2.3.1 Die nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke sind zu begrünen bzw. gärtnerisch anzulegen, soweit sie nicht durch Terrassen, Wege, Abstellflächen oder Stellplätze etc. in Anspruch genommen werden.
- 2.3.2 Stellplätze sowie Feuerwehrezufahrten sind als begrünte, befahrbare Flächen (Rasengitter, Rasenfugenpflaster oder Schotterrasen) herzustellen.
- 2.3.3 Pflanzung zwischen den Stellplätzen
Auf den Parkplätzen sollen kleinkronige Einzelbäume, Hochstämme, 3 x verpflanzt, Stammumfang 18-20 cm, gepflanzt werden. Die Standorte können durch Laternen abweichen. Die genauen Standorte der Gehölze sind im Zuge der zu erstellenden Freiflächengestaltungsplanung festzulegen. Folgende Mindestabstände sind einzuhalten: von Gebäuden 3,50 m, von Tiefgaragenzufahrten 3,0 m. Die Abstände der Bäume untereinander sollen ca. 8,0 m betragen. Die Begrünungsmassnahmen sind spätestens 1 Vegetationsperiode nach Errichtung der Gebäude durchzuführen.

2.4 Extensive Dachbegrünung

gemäß § 9 (1) Nr.25 Bau GB

Nebengebäude mit flach geneigten Dächern sowie separat überdachte Tiefgaragenzufahrten sind extensiv zu begrünen.

2.5 Empfehlung Fassadenbegrünung

gemäß § 9 (1) Nr.25 Bau GB

Für zusammenhängende öffnungslose Fassadenflächen von über 50 qm wird eine standortgerechte Fassadenbegrünung empfohlen.

2.6 Rückhaltung von Niederschlagswasser

gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB

siehe B. Hinweise Punkt 6

B. HINWEISE

1. BODENSCHUTZ

gem. Stellungnahme LRA Lörrach vom 15.08.2005

Bezüglich des Bodenschutzes und der Abfallwirtschaft wird auf die Berücksichtigung des Bodenschutzgesetzes, der Merkblätter der Wasserwirtschaftsverwaltung sowie der Broschüre der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg hingewiesen.

Das bei den Baumaßnahmen anfallende Erdreich ist getrennt nach humosem Oberboden und rekultivierungsfähigem Unterboden zu lagern. Bei der Lagerung von Humus ist folgendes zu beachten: Lagerhöhe max. 2 m, bei der Schüttung dürfen die Transportfahrzeuge nicht auf den Mieten fahren, überschreitet die Lagerdauer einen Monat, sind die Mieten zu begrünen (z.B. mit Gräsern, Leguminosen).

2. **ALTLASTEN**

gem. Stellungnahme LRA Lörrach vom 15.08.2005

- 2.1 **A 1 – Verdachtsfläche 1207**, Ehemalige Seidenweggrube:
Vor der Durchführung von Bau- oder Umgestaltungsmaßnahmen ist eine technische Erkundung durchzuführen, Bodenveränderungen sind gutachterlich zu begleiten.
- 2.2 **A 2 – Verdachtsfläche 1208**, Ehemalige Seidenbandweberei:
Große Teile des Geländes wurden vor einigen Jahren bereits neu überbaut, vor der Durchführung weiterer Bau- oder Umgestaltungsmaßnahmen ist eine technische Erkundung durchzuführen, Bodenveränderungen sind gutachterlich zu begleiten.
- 2.3 Hinweis: Bodenkontaminationen können grundsätzlich auch unabhängig von einer Einstufung im Altlastenkataster vorkommen.

3. **BAHNANLAGEN**

gem. Stellungnahme der DB Netz Ag vom 30.09.2005

Die im Bebauungsplan festgesetzten bebaubaren Grundstücke und Öffentlichen Verkehrsflächen sind entlang der Grenzen zu den Bahnanlagen mit einer dauerhaften Einfriedigung ohne Öffnung abzugrenzen. Die Einfriedigung kann auch eine Lebendhecke sein.

Ersatzansprüche gegen die DB AG, welche aus Schäden durch den Eisenbahnbetrieb (wie z.B. Lärm und Erschütterungen) entstehen, sind ausgeschlossen. Es können keine Ansprüche für die Errichtung von Schutzmaßnahmen geltend gemacht werden.

4. **GEOLOGIE**

gem. Stellungnahme Geologisches Landesamt vom 15.09.2005

Hinweis Geotechnik:

Im Plangebiet wird der Baugrund von örtlicher Auffüllung, Auenlehm unter unterlagerndem Rheinkies aufgebaut. Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge weiterer Planungen oder Bauarbeiten (z.B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl des Gründungshorizonts, zum Grundwasser etc.) wird geotechnische Beratung durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

5. **DENKMALSCHUTZ**

gem. Stellungnahme Landesdenkmalamt vom 06.09.2005

- 5.1 Kulturdenkmale sind gem. § 9 (6) BauGB im Bebauungsplan (Blatt 2) nachrichtlich dargestellt.
- 5.2 Archäologische Denkmalpflege:
Im gesamten Geltungsbereich ist mit römischen Siedlungsresten zu rechnen. Das RP Freiburg, Ref. Denkmalpflege ist min. 8 Wochen vor Beginn jeglicher Erdarbeiten zu unterrichten, um Kontrollbegehungen durchführen zu können. Sollten dabei Funde zutage treten, behält sich die archäologische Denkmalpflege eine Untersuchung des fraglichen Areals vor. In diesem Fall muss die notwendige Zeit für eine ordnungsgemäße Dokumentation und Bergung eingeräumt werden. Weitere Funde im Zuge von Erarbeiten sind nach § 20 des Denkmalschutzgesetzes dem RP Freiburg, Ref. Denkmalpflege zu melden. Das Referat ist an den einzelnen Bauvorhaben im Genehmigungs- und Kenntnissgabeverfahren zu beteiligen.

6. **ABWASSERBESEITIGUNG**

gem. Stellungnahme Landratsamt vom 15.08.2005

Gem. § 45 b (3) Wassergesetz besteht für Grundstücke, die nach dem 01.01.1999 bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, eine Verpflichtung zur dezentralen Versickerung von nicht verunreinigtem Regenwasser. Empfohlen wird das Anlegen von Versickerungsmulden mit Überlauf in das öffentliche Abwassersystem oder das Anlegen von Sickerschächten oder Regenwasserzisternen mit einer Mindestgröße von 2,0 m³ und einem Mindestretentionsvolumen von 1,0 m³ mit einem Notüberlauf in das Entwässerungssystem (vgl. auch ATV 117). Die Speicherezisternen sind mit Vorfilterschacht oder Filterplatte auszuführen. Je 100 m² zu entwässernder Fläche sollte vor dem Notüberlauf ein Speichervolumen von 2,0 bis 2,5 m³ nachgewiesen werden. Die Entleerung des Speichervolumens soll gedrosselt erfolgen (0,1 l/s).

Auf Altlastflächen darf nicht versickert werden. Für zu beachtende Grundsätze bei Versickerung oder ortsnahe Ableitung wird auf die Broschüre "Naturverträgliche Regenwasserbewirtschaftung im Landkreis Lörrach" verwiesen. Versickerungen oder dezentrale Ableitungen von Gewerbegrundstücken sind erlaubnispflichtig.

7. **TELEKOM AG**

Gem. Stellungnahme vom 07.06.2006

Für den rechtzeitigen Ausbau des Fernmeldenetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, daß Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Planbereich der Telekom AG, T-Com Ressort PTI 31 Offenburg, Postfach 1140, 77601 Offenburg, so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.

Grenzach-Wyhlen, den 26.07.2005

Geändert und ergänzt gem Beschluss

Des Gemeinderates vom 25.04.2006 und 29.06.2006

Lutz, Bürgermeister

PFLANZLISTE

zum Bebauungsplan

„ORTSZENTRUM ZIELMATTEN“

in der Gemeinde GRENZACH-WYHLEN, ORTSTEIL GRENZACH

(Änderung des Bebauungsplans „ZIELMATTEN“, in Kraft getreten am 31.07.1987)

für den im Zeichnerischen Teil (Bl. 2) durch Abgrenzung dargestellten räumlichen Geltungsbereich.

1. zu II.1 bis II.2.2 der Textlichen Festsetzungen

Bäume und Sträucher

Bäume I. Ordnung

Grösse: Hochstamm, 3 x verpflanzt, StU 18-20 cm, oder
Heister, min. 3 x verpflanzt, Höhe 250-300 cm

Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Bergahorn
Alnus glutinosa	Schwarz-Erle
Alnus incana	Grau-Erle
Fraxinus excelsior	Esche
Prunus avium	Vogelkirsche
Quercus petraea	Traubeneiche
Quercus robur	Stieleiche
Tilia cordata	Winterlinde
Tilia platyphyllos	Sommerlinde

Bäume II. Ordnung

Grösse: Hochstamm, 3 x verpflanzt, StU 14-16 cm, oder
Heister, min. 3 x verpflanzt, Höhe 200-250 cm

Acer campestre	Feldahorn
Betula pendula	Hänge-Birke
Carpinus betulus	Hainbuche
Salix alba	Silber-Weide
Salix caprea	Sal-Weide
Salix cinerea	Grau-Weide
Salix purpurea	Purpur-Weide
Salix rubens	Fahl-Weide
Salix trianda	Mandel-Weide
Salix viminalis	Korb-Weide
Sorbus aria	Mehlbeere
Sorbus torminalis	Elsbeere

Sträucher

Grösse: Strauch; min. 2 x verpflanzt, 100-150 cm

Acer campestre	Feldahorn
Carpinus betulus	Hainbuche
Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Corylus avellana	Hasel
Crataegus laevigata	Zweiggriffliger Weissdorn

<i>Crataegus monogyna</i>	Eingrifflicher Weissdorn
<i>Euonymus europaeus</i>	Pfaffenhütchen
<i>Ligustrum vulgare</i>	Liguster
<i>Lonicera xylosteum</i>	Rote Heckenkirsche
<i>Prunus padus</i>	Traubenkirsche
<i>Prunus spinosa</i>	Schlehe
<i>Rosa canina</i>	Hunds-Rose
<i>Sambucus nigra</i>	Holunder
<i>Viburnum lantana</i>	Wolliger Schneeball
<i>Viburnum opulus</i>	Gewöhnlicher Schneeball

Klein-Sträucher

<i>Buxus sempervirens</i>	Buchsbaum
---------------------------	-----------

2. zu II.2.3 der Textlichen Festsetzungen

Gehölz	Deutscher Name	Höhe	Breite
<i>Acer campestre</i> 'Elsrijk'	Feldahorn	8-10	4-6
<i>Acer negundo</i>	Eschenahorn	10-15	5-10
<i>Acer platanoides</i> 'Columnare'	Säulenförmiger Spitzahorn	8-10	3-4
<i>Acer platanoides</i> 'Olmstedt'	Spitzahorn	8-10	5-6
<i>Carpinus betulus</i>	Hainbuche	5-15	5-8
<i>Carpinus betulus</i> 'Fastigiata'	Säulen-Hainbuche	10-15	5-8
<i>Corylus colurna</i>	Baumhasel	12-15	6-8
<i>Crataegus crus-galli</i>	Pflaumenblättriger Weißdorn	5-6	3-5
<i>Crataegus laevigata</i> Paul Scarlet	Rot-Dorn	3-8	3-6
<i>Pyrus calleryana</i> Chanticleer	Chinesische Birne	7-9	4-5
<i>Tilia cordata</i> 'Rancho'	Kleinkronige Winterlinde	9-12	4-6

Kandern, 17.03.2006

Dipl.-Ing. Christine Siebert
Freie Garten- und Landschaftsarchitektin